

Antrag der Fraktionen *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* und der SPD

Atomtransporte durch das Land Bremen verringern

Durchschnittlich führt mindestens einmal die Woche ein Atomtransport durch das Land Bremen. Allein im letzten Jahr waren es 90 Transporte, zum Teil mit hochradioaktivem Material, über Bremer Gebiet. Bei den Transporten handelt es sich zwar einerseits um radioaktive Abfälle aus Krankenhäusern und medizinischen Einrichtungen oder Forschungsinstituten. Auf der anderen Seite gibt es aber auch die Transporte für oder aus Atomkraftwerken.

Dabei werden mehrere hundert Tonnen an Kernbrennstoffen pro Jahr entlang von Wohngebieten in Bremen und Bremerhaven transportiert – im Durchschnitt ungefähr sieben Tonnen pro Transport.

Transporte radioaktiven Materials sind ein Risiko für Fahrerinnen und Fahrer, Anwohnerinnen und Anwohner, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Logistikunternehmen sowie für das Sicherheitspersonal.

Der Atomausstieg trägt auch zur Verringerung dieses Risikos bei. Die Menge der atomaren Abfälle, – für deren Endlagerung weltweit noch immer keine Lösung gefunden wurde – wird begrenzt. Damit wird mittelfristig auch die Anzahl der Transporte mit hochradioaktiven Materialien verringert. Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken in Deutschland hätten dagegen auch langfristig noch Atomtransporte zur Folge. Ein Festhalten am vereinbarten Atomausstieg ist daher sinnvoll und notwendig.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, unnötige Atomtransporte durch das Land Bremen zu verhindern.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich dafür einzusetzen, dass im Rahmen einer nationalen Strategie insbesondere für Atomtransporte von Brennelementen aus und in Richtung deutscher Atomkraftwerke eine angemessene Lastenverteilung auf die Bundesländer und Häfen erfolgt, insbesondere auf die Länder, die sich für die Verlängerung der Laufzeiten der bestehenden Atomkraftwerke einsetzen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, zusammen mit Bund und Ländern zu prüfen, ob und falls ja, in welcher Weise Routen nationaler wie internationaler Atomtransporte optimiert werden können, um möglichst kurze Transportwege sicherzu-

stellen. Gleichmaßen soll in einem mit der EU abgestimmten Verfahren die Anzahl der Transporte zu verringert werden.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich bei der Bundesregierung für eine größtmögliche Transparenz der veröffentlichten Angaben zu Atomtransporten bezüglich transportiertem Material, transportierten Mengen und der vorbeugenden Schutzmaßnahmen - einzusetzen.

Dr. Maike Schaefer, Dr. Matthias Güldner und Fraktion *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*

Jens Dennhardt, Martin Günthner, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD